

Überhören war gestern

2012 haben bundesweit Flüchtlinge nachdrücklich und ausdauernd gegen die ihnen aufgezwungenen Lebensumstände und Restriktionen aufgebeehrt. Trotz aller widrigen Umstände und Schikanen ebbten die Proteste nicht ab. Sie haben sich längst zu einer eigenen politischen Bewegung entwickelt.

Daniel Steinmaier

Die Chancen, dass sich Asylsuchende in Deutschland gegen ihre Lebensbedingungen wehren, stehen schlecht. Wie soll man sich zu Wort melden, wenn man in einem abgelegenen Lager leben muss? Wenn man keine Hilfe beim Spracherwerb erhält, kaum Geld hat und der Residenzpflicht unterliegt? Und eine ungewisse Zukunft vor sich hat und oft traumatische Erlebnisse hinter sich?

Trotz alledem gab es in Deutschland immer Flüchtlinge, die sich in selbstorganisierten Initiativen zusammenschlossen, um gegen das Leben in Lagern aufzubegehren, gegen die Residenzpflicht zu protestieren oder um Abschiebungen zu verhindern. Aber dass sich Flüchtlinge deutschland- und europaweit organisieren, über Monate hinweg mit medienwirksamen Aktionen an die Öffentlichkeit treten und schließlich als eigene politische Bewegung wahrgenommen werden, ist neu.

Im Januar 2012 nimmt sich der iranische Flüchtling Mohammed Rahsepar in der Würzburger Gemeinschaftsunterkunft das Leben. In der Folge ziehen Flüchtlinge aus der »GU« aus, um mitten in der Würzburger Innenstadt mit einem tagelangen Hungerstreik auf ihre verzweifelte Lage aufmerksam zu machen. Sie fordern das Ende der Lagerunterbringung, die Abschaffung der Residenzpflicht und Schutz vor politischer Verfolgung. Zeitweise näherten sich einige von ihnen die Mundwinkel zu.

Die Bilder der Asylsuchenden mit den zugenähten Lippen gehen durch sämtliche Medien, das Thema »Asylbewerber in Deutschland« ist plötzlich ganz aktuell. Zugleich schockt die Aktion auch viele Unterstützerinnen und Unterstützer der

Flüchtlinge. Wie weit würden die Hungerstreikenden gehen? Kann man es verantworten, geschwächte Hungerstreikende, die teils sogar das Trinken verweigern, in ihrem Protest zu bestärken, ohne mitschuldig zu werden, sollten sie gesundheitliche Schäden oder gar ihr Leben riskieren? Was tun, wenn sich die politisch Verantwortlichen – wie realistischerweise zu erwarten – den Forderungen der Flüchtlinge verschließen und die Hungerstreiks eskalieren?

Aber die Proteste der Flüchtlinge verändern sich – und weiten sich aus. Schon



Januar 2012: In der Würzburger »Gemeinschaftsunterkunft« erhängt sich der iranische Flüchtling Mohammed Rahsepar. Daraufhin demonstrieren Flüchtlinge in Würzburg gegen die ihnen aufgezwungenen Lebensverhältnisse. © Bayerischer Flüchtlingsrat



Die Flüchtlinge errichten in der Würzburger Innenstadt ein Protestzelt und treten darin in den Hungerstreik.

© www.facebook.com/GUStreik



Einige der Flüchtlinge treten vor dem Brandenburger Tor öffentlich in den Hungerstreik. Zelte zu errichten wird ihnen verboten, die Polizei nimmt den Hungerstreikenden Decken und Isomatten ab. Der Polizeieinsatz sorgt bundesweit für Empörung.

© flickr / cephir



8. Dezember 2012: In Österreich marschieren Asylsuchende von der Erstaufnahmestelle Traiskirchen nach Wien und errichten im Sigmund-Freud-Park ein Protestcamp, das von der Polizei geräumt wird. Daraufhin besetzen Flüchtlinge elf Wochen lang die Wiener Votivkirche. © Daniel Weber

bald gibt es ähnliche Protestcamps wie in Würzburg, oft ohne Hungerstreiks: in Regensburg, Bamberg, Aub und Düsseldorf, in Frankfurt am Main, Passau, Nürnberg, Osnabrück, Sinsheim, Freudenstadt, Berlin und vielen anderen Orten. Im August organisieren die Flüchtlinge aus den verschiedenen Städten einen gemeinsamen Protestmarsch nach Berlin – samt Kampagnen-Material, eigenem Pressetelefon, Homepage und Facebook-Seite, am 8. September 2012 geht es los.

In Berlin angekommen ist ihre Demonstration nicht vorbei. Auf dem Kreuzberger Oranienplatz errichten die aus vielen Städten zusammengekommenen Flüchtlinge

ein Protestcamp – ein Basislager für weitere Aktionen, Informationsveranstaltungen und Diskussionen. Das Camp hält sich über den gesamten Winter. Lieber mitten in Berlin im Zelt protestieren als im abgelegenen Lager fernab der Öffentlichkeit dahinvegetieren, sagen Flüchtlinge in die Mikrofone der vielen Journalisten, die sich für das Camp interessieren.

Auf dem Oranienplatz wird das Protestcamp bis heute toleriert. Anderswo treffen die Flüchtlinge auf harten Widerstand. Als ein Teil der Flüchtlinge Ende Oktober vor dem Brandenburger Tor in den Hungerstreik tritt und damit den Protest an einen Ort trägt, an dem er sich unmöglich

ignorieren lässt, nehmen Polizisten den über Wochen am Pariser Platz ausharrenden Flüchtlingen alles ab, was vor Kälte schützt: Decken und Isomatten, sogar Taschen, da diese als Sitzgelegenheiten genutzt werden könnten.

Währenddessen versuchen auch Neonazis und Rechtspopulisten die Flüchtlingsproteste anzugreifen. Die NPD versucht am Brandenburger Tor direkt neben den protestierenden Flüchtlingen mit einer Kundgebung Stimmung gegen Asylsuchende zu machen, doch den etwa 15 Neonazis stellen sich spontan rund 200 Gegendemonstranten entgegen. Auch eine Kundgebung der Rechtspopulisten von »Pro Deutschland« gegen angeblichen Asylmissbrauch geht im November 2012 am Brandenburger Tor in Buh-Rufen von rund 200 Menschen unter. Die Hoffnungen der Rechten, die Flüchtlingsproteste könnten rassistische Reaktionen provozieren und ihnen damit in die Hände spielen, gehen nicht auf. Im Gegenteil: Die Aktionen der Rechtsextremen sorgen vor allem dafür, dass sich immer mehr Menschen mit den Flüchtlingen solidarisch erklärten.

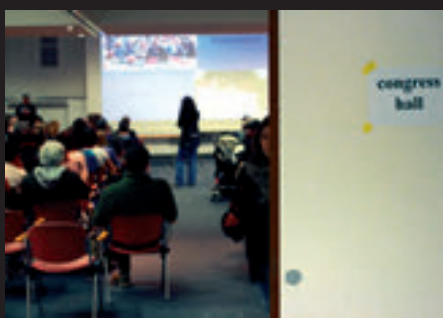
Auch der Versuch der Polizei, die Kundgebung der Flüchtlinge vor dem Brandenburger Tor durch überzogene Auflagen zu unterbinden, scheitert. Zunächst berichten zahlreiche Netzaktivisten auf Twitter über die Schikanen. Schließlich berichten auch ARD und ZDF darüber. Auch aufgrund des überzogenen Polizeieinsatzes werden die Flüchtlingsproteste in den überregionalen Medien immer präsenter. Doch der große politische Erfolg bleibt aus. Ein Gespräch protestierender Flüchtlinge mit Bundestagsabgeordneten verläuft ohne Ergebnis. Die Bundesregierung hält bisher an der Residenzpflicht ebenso fest wie am Asylbewerberleistungsgesetz, das vorsieht, dass Asylsuchende und Geduldete mit Sachleistungen abgespeist werden. Noch immer ziehen sich viele Asylverfahren über viele quälend lange Monate hin. Nicht selten werden Anträge von Asylsuchenden trotz plausibler Begründungen abgelehnt.



Vom 8. September bis zum 5. Oktober marschieren die Flüchtlinge aus den verschiedenen Städten nach Berlin, an der Glienicker Brücke betreten sie die Bundeshauptstadt. © thecaravan.org



Am 6. Oktober erreichen rund 70 Flüchtlinge und 100 Unterstützer Berlin. Auf dem Kreuzberger Oranienplatz errichten sie ein Protestcamp, das bis heute besteht. © asphalttiger.wordpress.com



In München veranstalten die Flüchtlinge vom 1. bis zum 3. März 2013 einen Flüchtlingskongress, um sich auszutauschen und politische Perspektiven zu diskutieren.

© refugeecongress.wordpress.com



Flüchtlinge vom Camp auf dem Oranienplatz gehen mit zwei Kleinbussen auf »Refugee Revolution Tour«, um mit Kundgebungen in vielen Städten auf die Situation von Flüchtlingen aufmerksam zu machen. Vielerorts werden sie von der Polizei bedrängt: In Karlsruhe, Köln und Neumünster wurden Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Bustour festgenommen, einige werden verletzt.

© flickr / Fotoprojekt Köln / Marco Pietta

Zeitgleich gibt es aber 2012/2013 eine Reihe von kleinen Verbesserungen in den Ländern: Die Residenzpflicht wird in fast allen Bundesländern gelockert. Die Integrationsministerkonferenz beschließt im März 2013, dass Asylsuchenden künftig Integrationskurse offen stehen sollen. Zahlreiche Kommunen entscheiden Anfang 2013, Flüchtlingen künftig die demütigenden Sachleistungen zu ersparen. Bremen beschließt, dass Asylsuchende früher in eigene Wohnungen ziehen dürfen. Kleine Schritte, die andeuten, dass die Politik der Ausgrenzung von Flüchtlingen auf mehr und mehr Unverständnis stößt.

Dazu hat die Flüchtlingsbewegung einen wichtigen Teil beigetragen. Auch wenn unter Berichten über die Proteste in den Kommentarspalten des Internets der rassistische Mob tobt – wie immer, wenn im Internet irgendwo auch nur ansatzweise von Asyl und Migration die Rede ist – haben die Proteste bei zahlreichen Menschen, die mit dem Thema Asyl zuvor kaum in Berührung kamen, Empathie und Verständnis für Flüchtlinge geweckt – und Unverständnis für deren systematische Ausgrenzung.

Für diesen Erfolg kann man viele Gründe anführen. Das Internet, das die Vernetzung erleichtert und das öffentliche Aufmerk-

samkeit ermöglicht, noch bevor das Fernsehen berichtet. Das Vorbild der Occupy-Bewegung, die vormachte, dass man durch Protestcamps viel mehr erreichen kann als durch kurze Kundgebungen. Die oft brutalen Polizeiaktionen gegen den zivilen Ungehorsam der Flüchtlinge, die in einer breiten Öffentlichkeit für Empörung sorgten. Vor allem aber war und ist es das hartnäckige Engagement der protestierenden Flüchtlinge und ihrer Unterstützerinnen und Unterstützer. Während 2012 noch viele fürchteten, die Proteste würden nach und nach sang- und klanglos versanden, scheint das 2013 kaum noch vorstellbar.

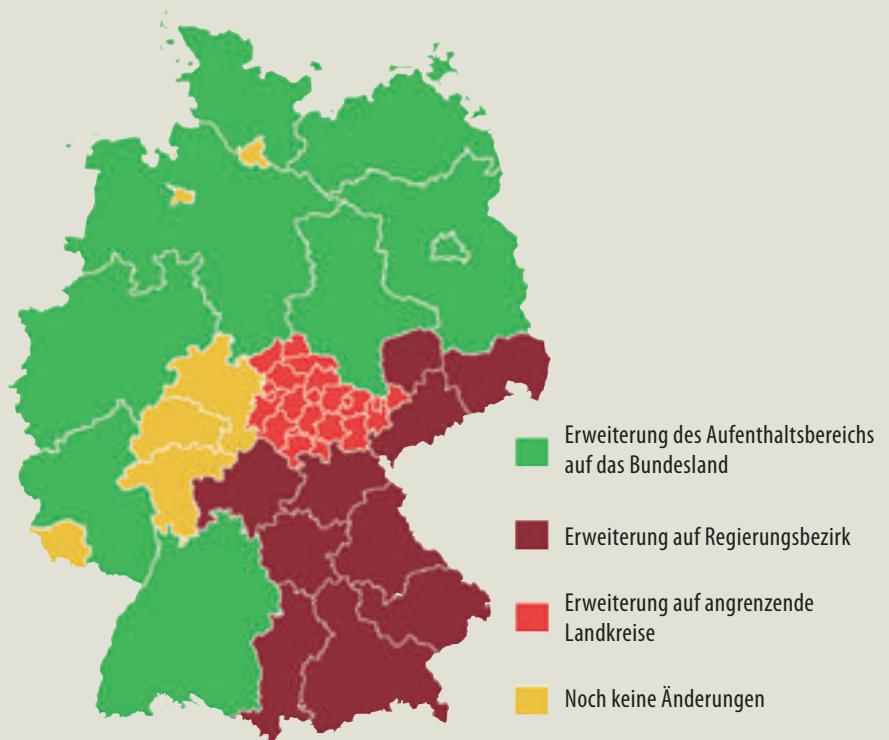
Residenzpflicht: Gefangen im Gestrüpp der Lockerungen

In fast allen Bundesländern wurde sie mittlerweile gelockert: Die Residenzpflicht, die es Flüchtlingen verbietet, eine bestimmte Region zu verlassen, solange sie nicht vorher von den Behörden eine »Verlassenserlaubnis« bekommen. Aber ist diese europaweit einzigartige diskriminierende Regelung gegenüber Asylsuchenden und Geduldeten damit vom Tisch?

Keineswegs. Zwar wurde der legale Aufenthaltsbereich in vielen Bundesländern auf das gesamte Gebiet des jeweiligen Landes ausgedehnt – aber meistens dürfen sich selbst dann nicht alle Asylsuchenden und Geduldeten frei im Bundesland bewegen. Wirft etwa eine Ausländerbehörde Asylsuchenden einen »Verstoß gegen Mitwirkungspflichten« vor, kann sie ihnen nach wie vor verbieten, eine bestimmte Region zu verlassen: Die Residenzpflicht hat sich so vielerorts von einer pauschalen Schikane zum einem beliebig anwendbaren Sanktionsmittel gewandelt.

Auch abgesehen davon besteht die »Residenzpflicht« fort. Abgeschafft ist sie erst, wenn alle Flüchtlinge ihr Menschenrecht auf Bewegungsfreiheit wahrnehmen können: »Jeder Mensch hat das Recht, sich innerhalb eines Staates frei zu bewegen«, heißt es in Artikel 13 der UN-Menschenrechtskonvention.

Änderungen der Bundesländer bei der Residenzpflicht



■ Einen bundesweiten Überblick über den Stand der Residenzpflichtregelungen finden Sie unter www.proasyl.de/residenzpflicht.